

König, Jörg

**Research Report**

## 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Positionspapiere, No. 10

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

*Suggested Citation:* König, Jörg (2018) : 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Positionspapiere, No. 10, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/180992>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Position zum Thema

## 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Berlin, Juni 2018

*Die Soziale Marktwirtschaft erweist sich seit nunmehr sieben Jahrzehnten als verlässlicher Kompass deutscher Wirtschaftspolitik. Das damit einhergehende „deutsche Wirtschaftswunder“ ist längst zum Mythos geworden. Die positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland kann jedoch nicht als selbstverständlich erachtet werden, nahm sie doch ihren Ursprung in einer durch zwei Weltkriege gezeichneten Gesellschaft, die in der Zeit des Nationalsozialismus und in den ersten Nachkriegsjahren von staatlichem Interventionismus und einer zentralplanerischen Wirtschaftsverwaltung geprägt war.*

*Sie ist kein Zufall, sondern das Resultat bewusster Weichenstellungen und geschaffener Rahmenbedingungen. Mit der am 20. Juni 1948 in Kraft getretenen Währungsreform sowie der am 24. Juni 1948 erfolgten Aufhebung staatlicher Preiskontrollen und Bewirtschaftungsmaßnahmen wurde schließlich die Grundlage für eine marktwirtschaftlich fundierte und sozialpolitisch ergänzte freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gelegt.*

*Seither hat die Soziale Marktwirtschaft Millionen von Menschen in Deutschland zu mehr Wohlstand, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Teilhabe verholfen. Sie ist ein wirtschaftspolitisches Erfolgsmodell, muss sich aber vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaft, populistischer Strömungen im In- und Ausland und einer zunehmenden globalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung fortwährend aufs Neue beweisen. Damit dies gelingen kann, muss man sie freilich auch wirken lassen!*

ISSN 2197-3059

**Ansprechpartner**

Dr. Jörg König  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstr. 60  
10117 Berlin

info@stiftung-marktwirtschaft.de

[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)



## Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Den marktwirtschaftlichen Reformen der Nachkriegszeit waren in den 1930er Jahren ökonomische und gesellschaftspolitische Überlegungen vorausgegangen, wie der durch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 diskreditierte (Laissez-faire) Liberalismus konzeptionell neu gestaltet und als gesellschaftliches Leitbild den in Europa erstarkten totalitären Systemen entgegengesetzt werden kann.<sup>1</sup> Geistige Wurzeln des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft sind im Ordoliberalismus der Freiburger Schule um den Ökonomen Walter Eucken und den Juristen Franz Böhm zu finden. Demnach koordinieren ein den vollständigen (freien und fairen) Wettbewerb schützender Rechtsrahmen sowie ein funktionsfähiges Preissystem die Märkte derart, dass weder staatliche Eingriffe noch marktbeherrschende Strukturen die Qualität und Quantität der Produkte oder deren Preise wohlfahrtsschädigend verzerren. Flankierend sorgen eine unabhängige Geldpolitik für die notwendige Währungsstabilität sowie eine Konstanz der Wirtschaftspolitik für langfristige Investitionssicherheiten. Der Einklang von Handlung und Haftung, der Schutz des Privateigentums, eine ausgewiesene Vertragsfreiheit sowie offene Märkte sind weitere sogenannte konstituierende Prinzipien, die eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bedingen.

Dem Staat kommt dabei keine reine Nachwächterfunktion zu, sondern er gibt als starker und durchsetzungsfähiger Staat die Rahmenbedingungen vor, unter denen Märkte überhaupt erst funktionieren können. Hierzu schreibt Eucken:

*„Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst überlassen: Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich.“<sup>2</sup>*

(Walter Eucken)

Der spätere Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard, der im Jahr 1948 für die Wirtschaftspolitik in den westlichen Besatzungszonen verantwortlicher Direktor der Verwaltung für Wirtschaft war und als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ gilt, verglich diesen Sachverhalt mit einem Fußballspiel:

*„Da bin ich der Meinung, dass ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat. [...] Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“<sup>3</sup>*

(Ludwig Erhard)

Erst unter verlässlichen Spielregeln herrschen Wettbewerbsbedingungen, bei denen Unternehmen keine Monopole, Kartelle oder Syndikate zu Lasten Dritter, namentlich der konkurrierenden Unternehmen und privaten Konsumenten, aufbauen können. Die Unternehmen müssen sich vielmehr im Wettbewerb stehend mit Innovationen anstrengen, um ihr Angebot mit den Käuferpräferenzen und deren Veränderung in Einklang zu bringen. So wird die bestmögliche Versorgung der Gesellschaft mit

<sup>1</sup> Vgl. z.B. das im August 1938 in Paris stattgefundene Kolloquium um Walter Lippmann, an dem ganz entscheidend auch die deutschen Ökonomen Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke teilnahmen.

<sup>2</sup> Vgl. Eucken, W. (1948), Das ordnungspolitische Problem, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 1, Vorwort sowie S. 56-90.

<sup>3</sup> Erhard, L. (1957), Wohlstand für Alle, Düsseldorf.

Waren und Dienstleistungen erreicht, die Konkurrenz vor unfairem Wettbewerb geschützt und der Konsument vor zu hohen Preisen bewahrt.<sup>4</sup>

Als weitere Steuerungselemente der Sozialen Marktwirtschaft kommen Einkommens- und Konjunkturpolitiken hinzu, die bestehende Marktineffizienzen und durch exogene Schocks hervorgerufene Marktverwerfungen regulierend ausgleichen sollen. Hierdurch sollen auch der soziale Frieden innerhalb der Gesellschaft und die Akzeptanz des Gesellschaftssystems gesichert werden. Staatliche Umverteilungsmaßnahmen müssen dabei stets berücksichtigen, dass sie zielgenau (im Sinne der Chancengerechtigkeit), fiskalisch nachhaltig (im Sinne der Generationengerechtigkeit) und anreizkompatibel (im Sinne einer Abwehr von Moral Hazard) ausgestaltet sein müssen, um effizient wirken zu können. Es muss immer lohnenswerter sein, eigenverantwortlich zu handeln anstatt sich auf staatliche Leistungen zu verlassen.

Basis für eine dauerhafte Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft ist demnach ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die grundsätzlichen Vorzüge wettbewerblicher Systeme einerseits und begrenzte Umverteilungsmechanismen andererseits. Alfred Müller-Armack, einer der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium Ludwig Erhards, formulierte es folgendermaßen:

*„Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“<sup>5</sup>*

*(Alfred Müller-Armack)*

Angesichts der Verknüpfung marktwirtschaftlicher (wettbewerblicher) Grundprinzipien mit sozialpolitischen Regulierungen ist es nicht verwunderlich, dass sich auch 70 Jahre später fast alle politischen Parteien in Deutschland auf die Soziale Marktwirtschaft als grundlegende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung berufen. Diese breite Zustimmung ist erfreulich, sie birgt jedoch auch die Gefahr, dass der ursprüngliche Kern des Konzeptes verwässert wird und eine Art Rosinenpicken erfolgt. Es sollte daher stets daran erinnert werden, dass nicht primär Eingriffe des Staates, sondern vielmehr die regelgeleiteten Kräfte des freien Marktes basierend auf einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung erst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wohlstand in allen gesellschaftlichen Ebenen entstehen und soziale Sicherungssysteme finanziell nachhaltig getragen werden können.

*„Wettbewerb ist das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte.“<sup>6</sup>*

*(Franz Böhm)*

Böhms Warnung vor einer „Refeudalisierung“ der Gesellschaft, in der Interessengruppen laufend in den Genuss von Privilegien kommen und so das freiheitliche System aushebeln, kann auch für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft als das Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland nicht genug betont werden. Die Abwehr eines wettbewerbsschädigenden Gesellschaftsmodells muss stets Verpflichtung bleiben.

<sup>4</sup> Vgl. [Kronberger Kreis \(2010\)](#), Mehr Mut zum Neuanfang, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, Band 51, Berlin.

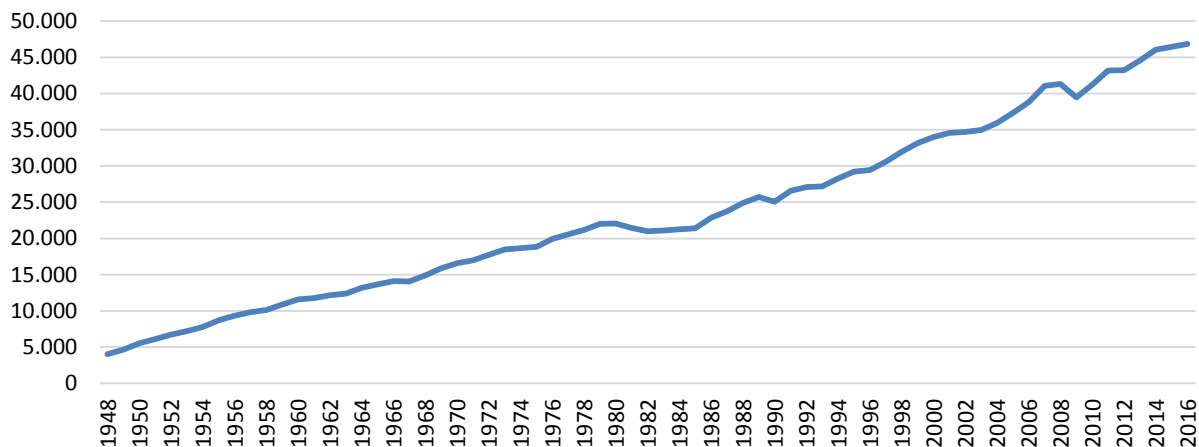
<sup>5</sup> Müller-Armack, A. (1956), Soziale Marktwirtschaft, in: von Beckerath, Erwin et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften: Zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Stuttgart.

<sup>6</sup> Böhm, F. (1961), Demokratie und ökonomische Macht, in: Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (Hrsg.): Kartelle und Monopole im modernen Recht, Karlsruhe.

### Erfolgsbeispiele der Sozialen Marktwirtschaft

- Bereits in den Folgetagen der Währungs- und Wirtschaftsreformen im Juni 1948 kommt es zu positiven wirtschaftlichen Veränderungen in (West-)Deutschland. Seit langem offiziell nicht mehr erhältliche Waren werden „über Nacht“ in den Geschäften wieder zum Verkauf angeboten und sind mit der eingeführten Deutschen Mark fortan zu adäquaten Preisen erhältlich (sog. „Schaufenstereffekt“). Nach Bewirtschaftungsreform und Preisfreigabe entstanden wieder Märkte, auf denen Angebot und Nachfrage eine realistische Preisstruktur hervorbrachten. Tauschhandel und Schwarzmarkt verschwanden zunehmend. Die Industrieproduktion stieg bis Ende des Jahres 1948 um etwa 50 Prozent annähernd auf Vorkriegsniveau, bis 1960 um mehr als 150 Prozent. In der Folge sank die Arbeitslosenquote in Westdeutschland von 11 Prozent im Jahr 1950 auf durchschnittlich weniger als ein Prozent in den 1960er Jahren.<sup>7</sup>
- Als Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951, Vorläufer der Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Union, profitiert die exportorientierte deutsche Wirtschaft von einer zunehmenden Marktöffnung und Integration in den europäischen und globalen Wirtschaftsraum. Produktivitätsfortschritte der exportorientierten Industrie und eines breit aufgestellten Mittelstandes („Hidden Champions“) führen dazu, dass sich die Pro-Kopf-Einkommen der deutschen Bürger in den nachfolgenden Jahrzehnten vervielfachen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Deutschland



Quelle: Maddison Project Database, gemessen in 2011 US-Dollar.

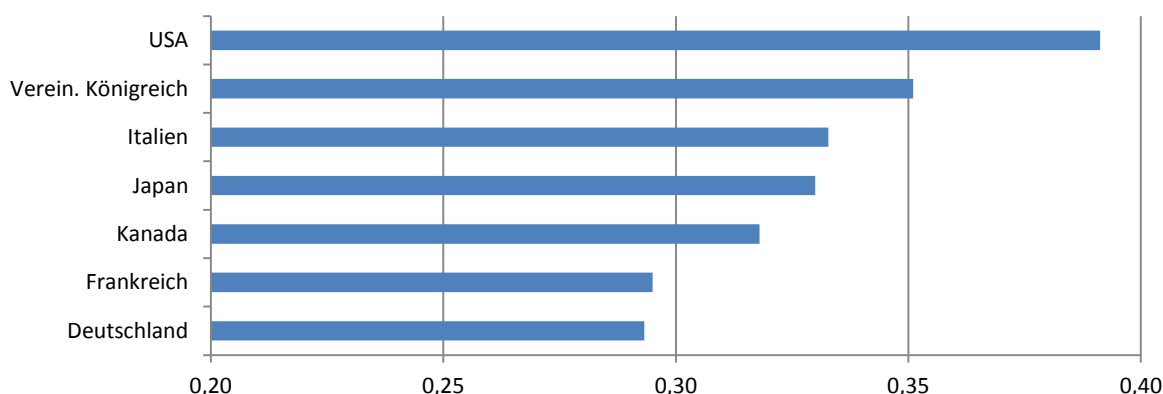
- 1957 wird in Deutschland mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) das Kartellverbot eingeführt. Das Gesetz bezweckt ganz im Sinne der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft den Erhalt eines funktionierenden Wettbewerbs und bekämpft den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen. Entsprechend wird das GWB auch als „Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnet. Das 1958 gegründete Bundeskartellamt und die

<sup>7</sup> Vgl. Daten des Statistischen Bundesamtes.

nach der Einführung der Fusionskontrolle in das GWB 1974 gegründete Monopolkommission schützen seither den deutschen Wettbewerb durch zahlreiche Einzelfallbetrachtungen – und somit letztlich alle Verbraucher in Deutschland.

- Nach der deutschen Wiedervereinigung profitiert auch der Osten Deutschlands vom Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wird die Soziale Marktwirtschaft im Mai 1990 erstmals rechtlich als gemeinsame Wirtschaftsordnung verankert. Mit Aufgabe des totalitären und planwirtschaftlichen Systems der DDR wird den Bürgern eine jahrzehntelang verwehrt individuelle und unternehmerische Freiheit ermöglicht. Das Warenangebot vergrößert sich schlagartig zu fortan stabilen Preisen. In den Jahren nach der Wende kommt es zwar zu schmerzhaften Anpassungsprozessen durch Betriebsschließungen nicht wettbewerbsfähiger DDR-Industrie und steigender Ost-West-Migration. Im Zuge der Umsetzung der Agenda 2010 sowie weiterer Faktoren und Transfers verbessert sich die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland jedoch zunehmend. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt stabilisiert sich, die Arbeitslosenquote sinkt von mehr als 20 Prozent im Jahr 2005 auf 7,1 Prozent im April 2018.<sup>8</sup>
- Das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft führt auch dazu, dass der soziale Frieden in Deutschland vergleichsweise gut gewahrt wird und alle Einkommenschichten an der einträglichen wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren. Die Ungleichheit in den Nettoeinkommen – nach Berücksichtigung von Steuern und Transfers – ist in Deutschland gemessen am Gini-Koeffizienten international betrachtet gering. Unter den G7-Staaten weist Deutschland die niedrigste Ungleichheit der verfügbaren Einkommen auf (vgl. Abbildung 2). Seit 2005 ist zudem die Ungleichheit der Stundenlöhne gesunken. Der soziale Frieden zeichnet sich in Deutschland auch durch eine vergleichsweise geringe Anzahl an Streiktagen pro Jahr und ein relativ kooperatives Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern aus.<sup>9</sup>

**Abbildung 2: Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in den G7-Staaten**



Quelle: OECD, Gini-Koeffizienten des Jahres 2016.

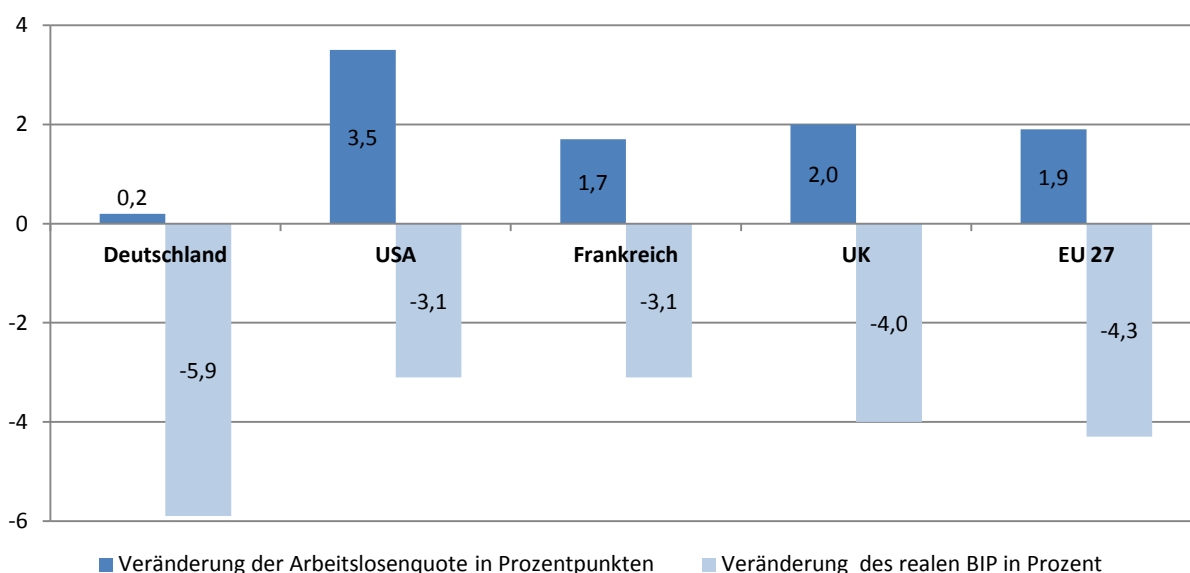
<sup>8</sup> Vgl. Daten der Bundesagentur für Arbeit.

<sup>9</sup> Vgl. Daten der OECD.



- Nimmt man Steuern und Sozialabgaben zusammen, steht Deutschland im Ausmaß der Umverteilung weltweit mit an der Spitze. Der Sozialstaat funktioniert und der soziale Ausgleich findet statt. Ihr zentraler Hebel ist die Steuerprogression, die dazu führt, dass starke Schultern mehr als schwache tragen. Die einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung bestreiten mehr als 50 Prozent des entsprechenden Steueraufkommens.<sup>10</sup>
- Insbesondere eine stark diversifizierte deutsche Wirtschaftsstruktur sowie ein flexiblierter Arbeitsmarkt mit funktionierenden Sicherungssystemen führen dazu, dass sich die deutsche Volkswirtschaft vom ehemals „kranken Mann Europas“ Anfang der 2000er Jahre zum stabilen wirtschaftlichen Anker in Europa entwickelt. Diese Flexibilität trägt wesentlich dazu bei, dass sich Deutschland schnell von den Folgen der globalen Finanzkrise 2008 erholen kann. Erfolgsausweis eines handlungsfähigen Staates und mitverantwortlich für die schnelle Bewältigung der Krise ist dabei auch die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des staatlichen Kurzarbeitgeldes auf 24 Monate und eine damit verbundene Erleichterung für die Arbeitgeber hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge. Somit können vorübergehende Einkommenseinbrüche abgefedert und drohende Arbeitsplatzverluste abgewendet werden – Soziale Marktwirtschaft in der Praxis. Trotz eines im Jahr 2009 weit überdurchschnittlichen Rückgangs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,9 Prozent, hat sich die Arbeitslosenquote in Deutschland nur geringfügig um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Staaten wie die USA (+3,5 Prozentpunkte) oder die Europäische Union insgesamt (im Durchschnitt +1,9 Prozentpunkte) müssen trotz eines geringeren BIP-Rückgangs im Jahr 2009 wesentlich höhere und persistenter Negativentwicklungen am Arbeitsmarkt hinnehmen (vgl. Abbildung 3).<sup>11</sup>

Abbildung 3: Wirtschaftliche Effekte der globalen Finanzkrise im Jahr 2009



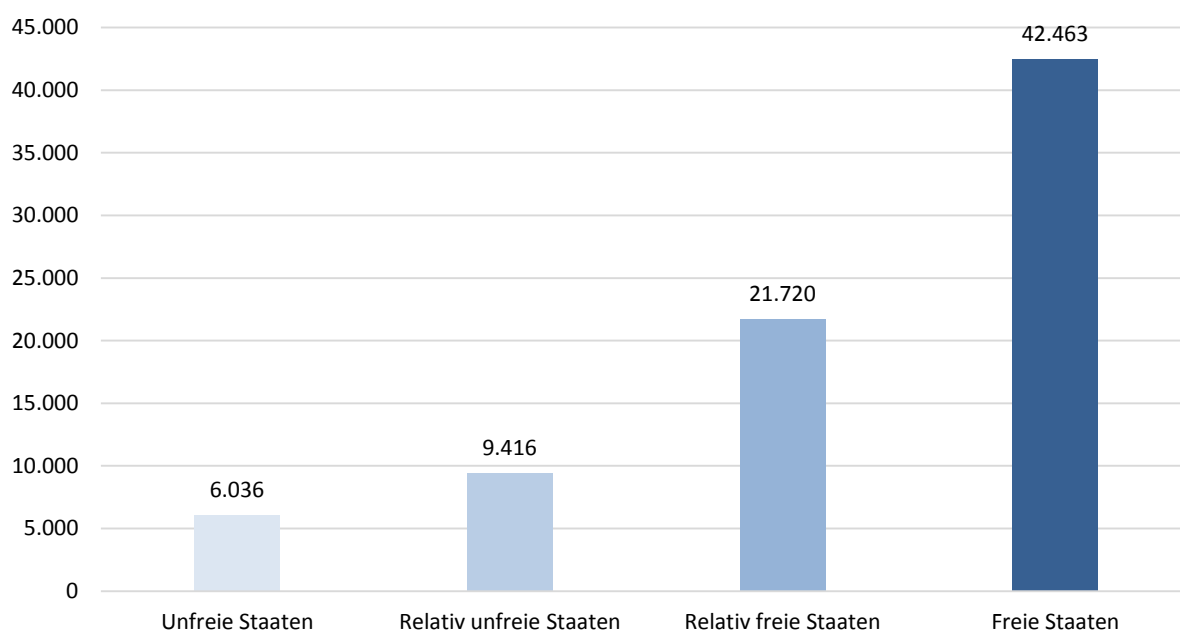
Quelle: OECD, Europäische Kommission, jährliche Veränderung ggü. 2008.

<sup>10</sup> Vgl. Daten des Bundesministeriums der Finanzen.

<sup>11</sup> Vgl. Daten des Statistisches Bundesamtes und der OECD.

- Arbeitsmarktentwicklung und konjunkturelle Lage sind in Deutschland seither anhaltend positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen befindet sich mit knapp 45 Millionen Menschen auf einem Rekordhoch, in manchen Regionen herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland EU-weit am geringsten mit weniger als 7 Prozent (EU-Durchschnitt im Jahr 2017 mehr als 16 Prozent). Der deutsche Staatshaushalt erzielt die höchsten Überschüsse seit der Wiedervereinigung. Der Außenhandel übertrifft jahrzehntelange Höchststände. „Made in Germany“ ist auf den Weltmärkten gefragt. Die deutsche Wirtschaft befindet sich zunehmend in einer Überauslastung.<sup>12</sup> Die guten Wettbewerbsbedingungen in Deutschland werden regelmäßig durch sehr gute Platzierungen in internationalen Rankings, beispielsweise Rang 5 von 137 untersuchten Ländern des aktuellen Global Competitiveness Index, bestätigt.<sup>13</sup> Messungen des wirtschaftlichen Freiheitsgrades von Volkswirtschaften kommen zudem regelmäßig zu dem Ergebnis, dass ökonomische Freiheit – Kennzeichen einer marktwirtschaftlichen Grundordnung – und wirtschaftlicher Wohlstand positiv miteinander korrelieren (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Je freier das Land, desto wohlhabender die Bevölkerung



Quelle: Heritage Foundation, Index of Economic Freedom 2017, BIP pro Kopf in US-Dollar 2015.

<sup>12</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017), Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2017/18, Wiesbaden.

<sup>13</sup> Vgl. Schwab, K. und X. Sala-i-Martin, The Global Competitiveness Report 2017-2018, World Economic Forum.



## Aktuelle Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft

- Die Soziale Marktwirtschaft wird trotz aller bisherigen Erfolge mehr denn je gebraucht: Deutschland muss sich in Zukunft in einem intensiven internationalen (Steuer-)Wettbewerb behaupten, die Staatsschuldenproblematik besteht in Europa ungehindert fort, der demographische Wandel vollzieht sich in großen Schritten, der Klimaschutz muss international effizient angegangen werden, ebenso der sich zuspitzende internationale Handelsstreit, und die fortschreitende Digitalisierung wird die deutsche Wirtschaft vor neue Herausforderungen stellen. Dies sind nur einige Herausforderungen, die es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen gilt.<sup>14</sup>
- Angesichts der guten Lage der öffentlichen Haushalte werden in Deutschland allerlei Begehrlichkeiten laut, was zumeist zu einer fiskalisch wenig nachhaltigen Bedienung von Partikularinteressen führt. Statt jedoch zusätzliche öffentliche Ausgaben auf die Agenda zu setzen, sollte sich die Finanzpolitik eher mit der Einnahmeseite befassen. Bei der Besteuerung der Unternehmensgewinne gehört Deutschland unter den OECD-Ländern inzwischen wieder zur Gruppe mit der höchsten Belastung. Dadurch fällt Deutschland im internationalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen zurück. Auch bei den Arbeitseinkommen ist die steuerliche Belastung sehr hoch. Die Kombination aus Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Transfers führt dazu, dass im mittleren Einkommensbereich Anreize, mehr zu leisten, eher gering sind. Das spricht dafür, Steuersenkungsspielräume für eine Beseitigung des Mittelstandsbauches im Steuertarif einzusetzen. Hier sollte eine spürbare Entlastung stattfinden, um dem Leistungsgerechtigkeitsprinzip wieder besser zu entsprechen.
- Trotz der guten wirtschaftlichen Situation kommen auf die Staatsfinanzen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erhebliche Mehrbelastungen zu. Hohe fiskalische Lasten verursacht vor allem die demographische Entwicklung in Deutschland, die die Anzahl der über 64-jährigen Personen zwischen den Jahren 2020 und 2035 besonders stark ansteigen lässt. Die rasche Zunahme des Altenquotienten auf über 50 Prozent führt zu einem wachsenden Missverhältnis zwischen der langfristigen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Staates und geht zulasten des in der Sozialen Marktwirtschaft verankerten Prinzips der Generationengerechtigkeit.<sup>15</sup>
- Bei der Fortentwicklung Europas und der Eurozone sollten das Haftungsprinzip sowie das Subsidiaritätsprinzip als grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft berücksichtigt werden. Bleiben hingegen Eigenverantwortung, Marktdisziplin und Subsidiarität außen vor, verstärkt dies die Risiken ausbleibender Strukturereformen in den Mitgliedstaaten und führt zu einer Perpetuierung dauerhafter fiskalischer Transfers innerhalb der Eurozone. Vermehrte einseitige Transfers dürften den Entfremdungsprozess der Bürger von Europa weiter vorantreiben und nationale Ressentiments schüren.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Vgl. [Kronberger Kreis \(2017\)](#), Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, Band 64, Berlin.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu die jährlich aktualisierte Generationenbilanz der Stiftung Marktwirtschaft unter Einbeziehung der impliziten Staatsverschuldung Deutschlands, [www.generationenbilanz.de](http://www.generationenbilanz.de).

<sup>16</sup> Vgl. [König, J. \(2018\)](#), Mehr Transfer als Stabilität? Bewertung aktueller Reformvorschläge für die Eurozone, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 140, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

- Viele andere europäische Staaten – allen voran die südeuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion – sind aufgrund einseitiger und unrentabler Wirtschaftsstrukturen sowie einer nicht nachhaltigen Fiskalpolitik von der Krise wesentlich drastischer getroffen worden. Erst durch strukturelle Reformen im Zuge ihrer jeweiligen finanziellen Programmmaßnahmen konnten sie eine positivere Wirtschaftsentwicklung einleiten.<sup>17</sup> Die jüngsten ökonomischen Erfolgsmeldungen aus Teilen Südeuropas verdeutlichen, dass Ordnungspolitik keine dogmatische Elfenbeinpolitik ist.
- Die zum Zweck des Klimaschutzes begonnene Energiewende und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind in Deutschland breit akzeptiert. Dennoch drohen die grundlegenden Ziele der Energiepolitik – Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz – mittelfristig verfehlt zu werden. Die deutsche Energiewende sollte dahin weiterentwickelt werden, dass sich künftig die effizientesten Technologien zur Erreichung der Klimaziele in einem fairen und freien Wettbewerb am Markt behaupten können. Mit dem europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) existiert bereits ein länderübergreifendes Instrument für einen wirksamen Klimaschutz. Daher sollten die Bemühungen verstärkt werden, weitere Staaten und Sektoren in das EU-ETS einzubeziehen.
- Die gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen des technologischen Wandels wird Deutschland bestmöglich bestehen, wenn die Bereitschaft und Fähigkeit zur Veränderung auf individueller Ebene gefördert wird. Hierfür sind zielführende Investitionen in Aus- und Weiterbildung unerlässlich.<sup>18</sup> Eine kostenfreie öffentliche Schulbildung sowie ein international viel beachtetes duales Ausbildungssystem erhöhen die Chancengerechtigkeit und intergenerative soziale Mobilität in Deutschland. Obgleich hierbei international betrachtet noch Nachholbedarf besteht und vor allem mehr in die frühkindliche Entwicklung investiert werden müsste,<sup>19</sup> führen Bildung und Weiterbildung in der Regel in Deutschland zu höheren (leistungsgerechten) Einkommen.
- Wirtschaftspolitisch zentral für einen marktwirtschaftlich richtigen Umgang mit den Herausforderungen der Digitalisierung ist die Schaffung eines innovationsoffenen Ordnungsrahmens für die digitale Wirtschaft, der den Sorgen der Bürger vor den Risiken des digitalen Wandels Rechnung trägt, ohne dass Deutschland bei der Digitalisierung international den Anschluss verliert. Wirtschaftspolitisch verfehlt wäre hingegen der Versuch, mit Verboten der unternehmerischen Differenzierung (Diskriminierung) ein politisches Gleichheitsideal in verallgemeinernder Form in die Wirtschaftswelt übertragen zu wollen.<sup>20</sup>
- Wettbewerb bleibt das konstitutive Element einer erfolgreichen und sozialen Marktwirtschaft. Er bringt die Leistungen hervor, die Wohlstand sichern und deren Besteuerung sozialen Ausgleich ermöglicht. Er verhindert Erstarrung, Machtmissbrauch und ist der Schutz der „Kleinen“, weil er als Entmachtungsinstrument immer neue Chancen bietet und Aufstieg ermöglicht.

---

<sup>17</sup> Vgl. Länderberichte der OECD.

<sup>18</sup> Vgl. [Lenz, F. \(2018\)](#), Digitalisierung und Beschäftigung: Ein Ende ohne Arbeit oder Arbeit ohne Ende? Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 141, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

<sup>19</sup> Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2017), Einkommensungleichheit und soziale Mobilität, Gutachten 1/2017.

<sup>20</sup> Vgl. [Kronberger Kreis \(2017\)](#), Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt? Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, Band 63, Berlin.